Binder/Burger/Mair

AVRAG

Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz

3. Auflage

Kommentar

MANZ

Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz

Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz (AVRAG)

von

Dr. Martin Binder
Em. o. Universitätsprofessor an der Universität Innsbruck

Dr. Florian G. Burger
Assistenzprofessor an der Universität Innsbruck

Dr. Andreas Mair
Assoziierter Professor an der Universität Innsbruck

Wien 2016
MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

Zitiervorschlag: *Binder/Burger/Mair,* AVRAG³ (2016) § … Rz …

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Sämtliche Angaben in diesem Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr; eine Haftung der Autoren sowie des Verlages ist ausgeschlossen.

ISBN 978-3-214-10053-7

© 2016 MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien
Telefon: (01) 531 61-0
E-Mail: verlag@manz.at
www.manz.at
Druck: FINIDR, s.r.o., Český Těšín

Vorwort (zur 3. Auflage)

In den vergangenen sechs Jahren seit der 2. Auflage wurde das AVRAG in elf Bundesgesetzblättern novelliert. Geschaffen im Zuge des EWR- und EU-Beitritts, entwickelte sich das AVRAG zum Auffangbecken verschiedener arbeitsrechtlicher Regelungen, die – außer den Arbeitsvertrag – keine gemeinsame Klammer zu haben scheinen. Der Grund dafür findet sich in seinem weiten Geltungsbereich, dem weitesten so gut wie aller arbeitsrechtlicher Gesetze, denn es gilt für alle Arbeitsverhältnisse, die auf einem privatrechtlichen Vertrag beruhen, egal ob es sich dabei um Arbeiter oder Angestellte, um Jugendliche, Lehrlinge oder leitende Angestellte, um Bauarbeiter oder Ärzte in Krankenanstalten, um Menschen mit Behinderung oder Theaterbedienstete handelt; nur öffentliche Bedienstete und aus verfassungsrechtlichen Gründen land- und forstwirtschaftliche Arbeiter sowie zum Teil Hausgehilfen und Hausangestellte sind ausgenommen.

In diesen sechs Jahren kamen Normen über die Entgeltkontrolle bei Entsendung hinzu (BGBl I 2011/24), wurden ausgebaut (BGBl I 2014/94), umgestaltet (BGBl I 2012/98, I 2015/113) und zuletzt wieder aus dem AVRAG entfernt (BGBl I 2016/44), wurde ein Abrechnungsgebot für Bezüge (§ 2f), ein Transparenzgebot für Pauschalierungsvereinbarungen (§ 2g), ein Benachteiligungsverbot für Arbeitnehmer, die von ihrem Recht auf Freizügigkeit Gebrauch machen (§ 7), die Bildungsteilzeit (§ 11a), Wiedereingliederungsteilzeit (§ 13a), Pflegekarenz (§ 14c), Pflegeteilzeit (§ 14d) und ein Ruhen der wechselseitigen Hauptleistungspflichten vorübergehend invalider Arbeitnehmer (§ 15b) eingeführt sowie der Dienstzettel (§ 2) und die Konkurrenzklausel (§ 2c) modifiziert.

All dies ließ eine Neuerscheinung erforderlich werden. Aufgrund der Emeritierung von *Martin Binder* wurde nunmehr die Bearbeitung des Kommentars vertrauensvoll in die jüngeren Hände von *Andreas Mair* und *Florian G. Burger* gelegt. Diese haben die Rechtsprechung und Literatur der letzten sechs Jahre in Fortsetzung der bisher geleisteten Schöpfung *Martin Binders* eingearbeitet und hinzugefügte Paragrafen neu kommentiert. Die 3. Auflage befindet sich auf dem Stand vom 1. Jänner 2017.

Nicht ausbleiben darf an dieser Stelle der Dank an den Verlag Manz für die reibungslose und rasche Drucklegung, besonders aber an seine Mitarbeiterinnen Frau Mag. *Anita Hiebler* für ihre fürsorgliche Betreuung sowie Frau Mag. *Christine Viski-Hanka* und Frau Mag. *Mirjam Zierl* für ihr professionelles Programm-Management.

Innsbruck, im Oktober 2016

Martin Binder
Florian G. Burger
Andreas Mair

Vorwort (zur 2. Auflage)

Seit dem Erscheinen der 1. Auflage sind beinahe zehn Jahre vergangen. Dementsprechend zahlreich waren allein die gesetzlichen Neuerungen, die unmittelbar im AVRAG erfolgten. Man denke nur an das Benachteiligungsverbot befristet beschäftigter Arbeitnehmer (§ 2b), die Regelungen über die Konkurrenzklausel (§ 2c) und den Ausbildungskostenrückersatz (§ 2d), die Freistellung zur Sterbebegleitung (§ 14a) und Begleitung von schwersterkrankten Kindern (§ 14b) sowie die Einfügung spezifischer Kündigungsschutzbestimmungen (§ 15a). Zuletzt wurden noch Normen über die Entgeltkontrolle bei Entsendung eingefügt (§§ 7d–7n), die auf der Basis des vorliegenden Ministerialentwurfs erläutert werden. Der Materienreichtum hat sich somit vervielfacht, für den Rechtsanwender ist dadurch die Normensuche und das Normverständnis noch mehr erschwert worden.

Der Bearbeiter des Kommentars stand vor allem vor der Schwierigkeit, die Materialfülle in Bezug auf Rechtsprechung und Literatur zu bewältigen. Gerade zu den Sachbereichen des Betriebsübergangs und der Arbeitnehmerentsendung nach Österreich finden sich eine Vielzahl von Abhandlungen und Urteilen des OGH wie des EuGH. Ob es immer geglückt ist, die relevanten Strukturen bloßzulegen und die Linien nachzuzeichnen, auf denen sich die Höchstgerichte bewegen, möge der Kommentarbenutzer entscheiden. Nach getaner Arbeit kann jedenfalls dem Gesetzgeber nur dringend angeraten werden, das Kodifikationsvorhaben eines Arbeitsvertragsrechts weiter voranzutreiben, um die Materien in eine sachbezogene Ordnung und ausgereifte Textierung zu bringen und damit die Konfliktlösungen berechenbarer zu machen.

Der Kommentar befindet sich auf dem Stand vom 1. Juni 2010. Berücksichtigt wurde noch der Ministerialentwurf zum Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (181/ME 24. GP).

Abschließend darf ich allen danken, die mich bei der Werkausarbeitung unterstützt haben, indem sie Materialrecherchen und Druckfahnenkorrektur besorgten wie meine beiden Assistentinnen MMag. *Sarah Huber* und Mag. *Heidi Scharnreitner,* wichtige Anregungen gaben wie Dr. *Andreas Mair* oder sich zusätzlicher Lese- und Korrekturarbeiten unterzogen wie meine Sekretärin Dipl.-Ing. *Johanna Knoflach.* Besonders wertvoll war jedoch die Durchsicht des erstellten Werks durch meine liebe Frau Dr. *Waltraud Binder,* woraus sich fruchtbare Diskussionen zu verschiedenen Fragenkomplexen ergaben. Dank sagen möchte ich schließlich dem stv. Verlagsleiter Mag. *Heinz Korntner* und der unmittelbar für die Werkerstellung verantwortlichen Mag. *Mirjam Zierl,* die für eine schnelle und professionelle Drucklegung sorgten.

Innsbruck, im September 2010 *Martin Binder*

Vorwort (zur 1. Auflage)

Das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz hat die Aufgabe übernommen, wesentliche Teile des österreichischen Arbeitsrechts mit den übergreifenden europäischen Vorgaben zu harmonisieren. In Ermangelung eines umfassenden Arbeitsverhältnisgesetzes und zufolge der Vorliebe des Gesetzgebers, Arbeitsrechtsfragen außerhalb des 26. Hauptstückes des ABGB („Von Verträgen über Dienstleistungen") anzusprechen, war nötig, dafür ein eigenständiges normatives Auffanglager zu schaffen. Gesetzestechnisch hat man sich auf diese Weise die Sache insofern vereinfacht, als man die beruflichen Spezialgesetze nicht gesondert adaptieren musste. Andererseits mutet man dem Rechtsanwender großes rechtsdogmatisches Einfühlungsvermögen und ausgefeilte Interpretationskunst zu. So wird die Erschließung des zutreffenden Gesetzesverständnisses durch die bisweilen überaus komplizierte Normierungsweise sowie die Vielgestaltigkeit und Komplexität der geregelten Materien erschwert. Das Wechselspiel von AVRAG-Normen und konkurrierender Spezialgesetzgebung nötigt dazu, den Blick oft zeitraubend und nicht immer mit ausreichendem Erfolg hin und her wandern zu lassen. Für die Rechtspraxis ergibt sich das weitere Problem, dass verschiedene Bestimmungen als sog „leges fugitivae" in dem AVRAG gar nicht vermutet werden. Dass während der kurzen Geltungsdauer des Gesetzes bereits neun, teilweise tiefgreifende Novellierungen erfolgt sind, führt zu zusätzlichen Anwendungsschwierigkeiten. Die Gefahr, bestimmte Regelungsanliegen zu übersehen oder vielleicht in unrichtige Zusammenhänge zu stellen, ist groß. Trotzdem sollte auch das Positive nicht übersehen werden. Mit diesem Gesetz wurde der Grundstein gelegt, um wieder einer materiellen Individualarbeitsrechtskodifikation näher zu kommen.

Bei der Kommentierungsarbeit habe ich mich redlich bemüht, die gegenwärtigen judiziellen und literarischen Strömungen zu den einzelnen Tatbeständen und Rechtsfolgen einzufangen und das herrschende Verständnis zu erläutern. Wenn nötig, wurden Positionen aber auch kritisch hinterfragt und Denkanstöße für eine Fortentwicklung von Meinungen und Normtext gegeben. Das Manuskript schließt mit Ende März 2001; spätere Beiträge konnten nicht mehr berücksichtigt werden. Doch ich freue mich bereits heute auf konstruktive Anregungen, die in die Erläuterungen einer allfälligen zweiten Auflage des Werks entsprechend einbezogen werden sollen.

Zu danken habe ich in erster Linie Dr. *Wolfgang Pichler,* dem Verlagsleiter des Manz-Verlages, der diese Arbeit anregte sowie für eine schnelle und reibungslose Drucklegung sorgte. Mein Assistent Dr. *Thomas Radner* hat die Gesetzes- und Richtlinientexte kommentargerecht vorbereitet und die Materialien zum Betriebsübergang gesichtet und selektiert. Auch dafür sei herzlich gedankt. Schließlich gebührt Dank meiner lieben Frau *Waltraud,* die sich der Mühe der Fahnenkorrektur unterzog.

Innsbruck, im Juni 2001

Martin Binder

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage V
Vorwort zur 2. Auflage VI
Vorwort zur 1. Auflage VII
Abkürzungsverzeichnis XI
Verzeichnis der häufig verwendeten Kommentar-, System- und Lehrbuchliteratur XIX

Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz (AVRAG)

Artikel I
Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz – AVRAG

§ 1. Geltungsbereich 1
§ 2. Schriftliche Aufzeichnung des Inhalts des Arbeitsvertrages 9
§ 2a. *[Entgeltbemessungsgrundlage bei Vorteilen aus Unternehmensbeteiligung]* 34
§ 2b. *[Benachteiligungsverbot befristet beschäftigter Arbeitnehmer]* 41
§ 2c. Konkurrenzklausel 55
§ 2d. Ausbildungskostenrückersatz 76
§ 2e. Konventionalstrafen 98
§ 2f. Abrechnung der Bezüge 100
§ 2g. Entgelt bei Pauschalentgeltvereinbarungen 102
§ 3. Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Betriebsteilen auf einen anderen Inhaber 112
§ 3a. Betriebsübergang und Informationspflicht 225
§ 4. Betriebsübergang und Kollektivvertragsangehörigkeit 232
§ 5. Betriebsübergang und betriebliche Pensionszusage 256
§ 6. Haftung bei Betriebsübergang 285
§ 7. Benachteiligungsverbot 314
§§ 7a.–7o. *[aufgehoben]* 320
§ 8. Verhalten bei Gefahr 320
§ 9. Sicherheitsvertrauenspersonen, Sicherheitsfachkräfte, Arbeitsmediziner 329
§ 10. Kontrollmaßnahmen 344
§ 11. Bildungskarenz 353
§ 11a. Bildungsteilzeit 368
§ 12. Freistellung gegen Entfall des Arbeitsentgeltes 375
§ 13. Solidaritätsprämienmodell 381
§ 13a. Wiedereingliederungsteilzeit 389
§ 14. Herabsetzung der Normalarbeitszeit 395
§ 14a. Sterbebegleitung 406
§ 14b. Begleitung von schwersterkrankten Kindern 423

§ 14c. Pflegekarenz 427
§ 14d. Pflegeteilzeit 428
§ 15. Kündigung 437
§ 15a. Kündigungs- und Entlassungsschutz bei Sterbebegleitung und der Begleitung schwersterkrankter Kinder 446
§ 15b. *[Modifikationen arbeitsrechtlicher Rechte und Pflichten aufgrund des Bezugs von Rehabilitations- oder Umschulungsgeld]* 450
§ 16. Unabdingbarkeit 453
§ 17. Günstigere Regelungen 458
§ 18. Verweisungen 463
§ 18a. Sprachliche Gleichbehandlung 464
§ 19. Inkrafttreten und Vollziehung 464

Anhang 1 – Nachweisrichtlinie 469
Anhang 2 – Befristungsrichtlinie 475
Anhang 3 – Betriebsübergangsrichtlinie 485
Anhang 4 – Arbeitsschutzrahmenrichtlinie 495
Anhang 5 – Bildschirmarbeitsrichtlinie 509
Anhang 6 – Ertragsbeteiligungsempfehlung 517

Stichwortverzeichnis 521

Abkürzungsverzeichnis

aA	=	anderer Ansicht
AB	=	Ausschussbericht
ABGB	=	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch JGS 1811/946
abl	=	ablehnend
ABl	=	Amtsblatt (der Europäischen Union)
Abs	=	Absatz
aE	=	am Ende
AEUV	=	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
aF	=	alte Fassung
AG	=	Arbeitgeber(in)
AGG	=	Arbeit-und-Gesundheit-Gesetz BGBl I 2010/111
AKG	=	Arbeiterkammergesetz 1992 BGBl 1991/626
AktG	=	Aktiengesetz 1965 BGBl 1965/98; Aktiengesellschaft
ALJ	=	Austrian Law Journal (Zeitschrift)
AlVG	=	Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 BGBl 1977/609
aM	=	andere Meinung
AMFG	=	Arbeitsmarktförderungsgesetz BGBl 1969/31
AMPFG	=	Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz BGBl 1994/315
AMS(G)	=	Arbeitsmarktservice(gesetz BGBl 1994/313)
AN	=	Arbeitnehmer(in)
AngG	=	Angestelltengesetz BGBl 1921/292
Anm	=	Anmerkung
AnwBl	=	Anwaltsblatt (Zeitschrift)
APG	=	Allgemeines Pensionsgesetz BGBl I 2004/142
APSG	=	Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991 BGBl 1991/683
ARÄG	=	Arbeitsrechts-Änderungsgesetz 2013 BGBl I 2013/138
Arb	=	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen der Gerichte und Einigungsämter
ArbAbfG	=	Arbeiter-Abfertigungsgesetz BGBl 1979/107
ArbIG	=	Arbeitsinspektionsgesetz BGBl 1993/27
ArbVG	=	Arbeitsverfassungsgesetz BGBl 1974/22
ARD	=	ARD-Betriebsdienst
ARG	=	Arbeitsruhegesetz BGBl 1983/144
arg	=	argumento
ARGE	=	Arbeitsgemeinschaft
Art	=	Artikel
ASchG	=	ArbeitnehmerInnenschutzgesetz BGBl 1994/450
ASG(G)	=	Arbeits- und Sozialgericht(sgesetz BGBl 1985/104)
ASoK	=	Arbeits- und Sozialrechtskartei (Zeitschrift)
ASRÄG	=	Arbeits- und Sozialrechts-Änderungsgesetz 1997 BGBl I 1997/139
ASVG	=	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz BGBl 1955/189
Aufl	=	Auflage

AÜG	=	Arbeitskräfteüberlassungsgesetz BGBl 1988/196
AuR	=	Arbeit und Recht (deutsche Zeitschrift)
AuslBG	=	Ausländerbeschäftigungsgesetz BGBl 1975/218
AVG	=	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 BGBl 1991/51
AVRAG	=	Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz BGBl 1993/459
AZG	=	Arbeitszeitgesetz BGBl 1969/461
BAG	=	a) Berufsausbildungsgesetz BGBl 1969/142 b) (deutsches) Bundesarbeitsgericht
BAO	=	Bundesabgabenordnung BGBl 1961/194
BauKG	=	Bauarbeitenkoordinationsgesetz BGBl I 1999/37
BB	=	Betriebs-Berater (deutsche Zeitschrift)
bbl	=	Baurechtliche Blätter (Zeitschrift)
BDG	=	Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 BGBl 1979/333
BEinstG	=	Behinderteneinstellungsgesetz BGBl 1970/22
BGB	=	(deutsches) Bürgerliches Gesetzbuch von 1896
BG(Bl)	=	Bundesgesetz(blatt)
B-GlBG	=	Bundes-Gleichbehandlungsgesetz BGBl 1993/100
Bgld	=	Burgenland
BlgNR	=	Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
BMAGS	=	Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
BMASK	=	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BMF	=	Bundesministerium für Finanzen
BMFJ	=	Bundesministerium für Familien und Jugend
BMSVG	=	Betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz BGBl I 2002/100
BPG	=	Betriebspensionsgesetz BGBl 1990/282
BPGG	=	Bundespflegegeldgesetz BGBl 1993/110
BR	=	Betriebsrat
BRG	=	Betriebsrätegesetz BGBl 1947/97
BR-GO	=	Betriebsrats-Geschäftsordnung 1974 BGBl 1974/355
BSA	=	Bundessozialamt
BUAG	=	Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz BGBl 1972/414
BUAK	=	Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse
BV	=	Betriebsvereinbarung(en)
BVergG 2006	=	Bundesvergabegesetz 2006 BGBl I 2006/17
B-VG	=	Bundes-Verfassungsgesetz BGBl 1930/1
BV-Kasse	=	Betriebliche Vorsorgekasse
BVwG	=	Bundesverwaltungsgericht
bzw	=	beziehungsweise
d (D)	=	deutsch
DB	=	Der Betrieb (deutsche Zeitschrift)
DG	=	Dienstgeber(in)
dgl	=	dergleichen
dh	=	das heißt
DN	=	Dienstnehmer(in)

DNHG	=	Dienstnehmerhaftpflichtgesetz BGBl 1965/80
DRdA	=	Das Recht der Arbeit (Zeitschrift)
DRdA-infas	=	Das Recht der Arbeit – Aktuelle Informationen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht (Zeitschrift)
DSG 2000	=	Datenschutzgesetz 2000 BGBl I 1999/165
€	=	Euro
E	=	Entscheidung(en)
EA	=	Einigungsamt
EAnm	=	Entscheidungsanmerkung
EAS	=	*Oetker/Preis* (Hrsg), Europäisches Arbeits- und Sozialrecht
ecolex	=	ecolex (Zeitschrift)
ECTS	=	European Credit Transfer System
EFTA	=	European Free Trade Association (Europäische Freihandelszone)
EFZG	=	Entgeltfortzahlungsgesetz BGBl 1974/399
EGMR	=	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EG(V)	=	Europäische Gemeinschaft (Vertrag zur Gründung der EG)
EGZPO	=	Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung RGBl 1895/112
endg	=	endgültig
EO	=	Exekutionsordnung RGBl 1896/79
EPG	=	Eingetragene Partnerschaft-Gesetz BGBl I 2009/135
Erk	=	Erkenntnis
Erl	=	a) Erlass b) Erläuterungen
ErläutRV	=	Erläuterungen zur Regierungsvorlage
ErlBem (AB, RV)	=	Erläuternde Bemerkungen (im Ausschussbericht, zur Regierungsvorlage)
EStG	=	Einkommensteuergesetz 1988 BGBl 1988/400
EU	=	Europäische Union
EuFrÜb	=	Europäisches Übereinkommen über die Berechnung von Fristen BGBl III 1983/254
EuGH	=	Gerichtshof der europäischen Gemeinschaften
EuroAS	=	Informationsdienst europäisches Arbeits- und Sozialrecht (deutsche Zeitschrift)
europ	=	europäisch, -e, -er, -es
EUV	=	Vertrag über die Europäische Union
EuZA	=	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EuZW	=	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EvBl	=	Evidenzblatt der Rechtsmittelentscheidungen in der Österreichischen Juristen-Zeitung
EVÜ	=	Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19. 6. 1980 BGBl III 1998/208
EWG	=	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWIV	=	Europäische wirtschaftliche Interessenvertretung
EWR	=	Europäischer Wirtschaftsraum
f(f)	=	und der, die folgende(n)

FBG	=	Firmenbuchgesetz BGBl 1991/10
FLAF	=	Familienlastenausgleichsfonds
FLAG	=	Familienlastenausgleichsgesetz 1967 BGBl 1967/376
Fn	=	Fußnote
FPG	=	Fremdenpolizeigesetz 2005 BGBl I 2005/100
FS	=	Festschrift
G	=	Gesetz
GAngG	=	Gutsangestelltengesetz BGBl 1923/538
GehKG	=	Gehaltskassengesetz BGBl 1959/254
gem	=	gemäß
GeS	=	Zeitschrift für Gesellschafts- und Steuerrecht
GesRZ	=	Der Gesellschafter (Zeitschrift)
GewO 1859	=	Gewerbeordnung 1859 RGBl 1859/227 (alt)
GewO 1994	=	Gewerbeordnung 1994 BGBl 1994/194
GK	=	Große Kammer
GlBG	=	Gleichbehandlungsgesetz BGBl I 2004/66
GleichbG	=	Gleichbehandlungsgesetz BGBl 1979/108
GmbH	=	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GP	=	Gesetzgebungsperiode
GR-Charta	=	Charta der Grundrechte der Europäischen Union ABl C 2000/364, 1
GS	=	Gedenkschrift
GuKG	=	Gesundheits- und Krankenpflegegesetz BGBl I 1997/108
HausbG	=	Hausbesorgergesetz BGBl 1970/16
HausgG	=	Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz BGBl 1962/235
HB	=	Handbuch
HeimAG	=	Heimarbeitsgesetz 1960 BGBl 1961/105
HFU-Liste	=	Liste der haftungsbefreiten Unternehmen
hM	=	herrschende Meinung
Hrsg	=	Herausgeber
IA	=	Initiativantrag
id(g)F	=	in der (geltenden) Fassung
idR	=	in der Regel
idS	=	in diesem Sinn
IE-Fonds	=	Insolvenz-Entgelt-Fonds
ieS	=	im engeren Sinne
IES(G)	=	Insolvenz-Entgeltsicherung(sgesetz BGBl 1977/324)
infas	=	Informationen aus dem Arbeits- und Sozialrecht (Zeitschrift)
insb	=	insbesondere
IO	=	Insolvenzordnung – Bundesgesetz über das Insolvenzverfahren RGBl 1914/337 idF BGBl I 2010/29
IPRax	=	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts (deutsche Zeitschrift)
IPRG	=	Bundesgesetz über das internationale Privatrecht BGBl 1978/304
IRÄG 1997	=	Insolvenzrechtsänderungsgesetz 1997 BGBl I 1997/114

IRÄG 2010	=	Insolvenzrechtsänderungsgesetz 2010 BGBl I 2010/29
iS(d)	=	im Sinn (des, der)
iSv	=	im Sinn von
IT	=	Informationstechnik
iVm	=	in Verbindung mit
iwS	=	im weiteren Sinn
JAP	=	Juristische Ausbildung und Praxisvorbereitung (Zeitschrift)
JBl	=	Juristische Blätter (Zeitschrift)
JournG	=	Journalistengesetz StGBl 1920/88
jusIT	=	Fachzeitschrift für Rechtsinformation, Datenschutz und IT-Recht
KautSchG	=	Kautionsschutzgesetz BGBl 1937/229
KBGG	=	Kinderbetreuungsgeldgesetz BGBl I 2001/103
Kfz	=	Kraftfahrzeug
KG	=	Kommanditgesellschaft; Kreisgericht
KIAB	=	Zentrale Koordinationsstelle für die Kontrolle der illegalen Beschäftigung
kollv-	=	kollektivvertrag(s)-
KollV	=	Kollektivvertrag(verträge)
KOM	=	Europäische Kommission
krit	=	kritisch
Krnt	=	Kärnten
KSchG	=	Konsumentenschutzgesetz BGBl 1979/140
LAG	=	Landarbeitsgesetz BGBl 1984/287, (deutsches) Landesarbeitsgericht
LAO	=	Landarbeitsordnung
leg cit	=	legis citatae (der zitierten Vorschrift)
LFAG	=	(Vorarlberger) Land- und Forstarbeitsgesetz LGBl 1997/28
LG	=	Landesgesetz; Landesgericht
LGBl	=	Landesgesetzblatt
lit	=	litera (-ae)
Lj	=	Lebensjahr
LSD-BG	=	Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz BGBl I 2016/44
LVAktuell	=	Lohnverrechnung aktuell (eingestellt 2005)
ME	=	Ministerialentwurf
MRK	=	Europäische Menschenrechtskonvention BGBl 1958/210
MSchG	=	Mutterschutzgesetz 1979 BGBl 1979/221
MünchKommBGB	=	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
mwN	=	mit weiteren Nachweisen
NACE	=	Nomenclature générale des activités économiques dans les communautés européennes
NAG	=	Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz BGBl I 2005/100
nF	=	neue Fassung
NO	=	Notariatsordnung RGBl 1871/75

NÖ	=	Niederösterreich
Nr	=	Nummer
NSchG	=	Nachtschwerarbeitsgesetz BGBl 1981/354
NZA	=	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (deutsch)
OGH	=	Oberster Gerichtshof
OG	=	Offene Gesellschaft
ÖBl	=	Österreichische Blätter für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
ÖJZ	=	Österreichische Juristen-Zeitung
OLG	=	Oberlandesgericht
OÖ	=	Oberösterreich
österr	=	österreichisch, -e, -er, -es
ÖZPR	=	Österreichische Zeitschrift für Pflegerecht
ParlmG	=	Bundesgesetz über die Beschäftigung parlamentarischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter BGBl 1992/288
PKG	=	Pensionskassengesetz BGBl 1990/281
Pkt	=	Punkt
PVInfo	=	Fachzeitschrift für Personalverrechnung
PVP	=	Personalverrechnung für die Praxis (Zeitschrift)
RdA	=	Recht der Arbeit (deutsche Zeitschrift)
RdM	=	Recht der Medizin (Zeitschrift)
RdW	=	Recht der Wirtschaft (Zeitschrift)
RFG	=	Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden (Zeitschrift)
RGBl	=	Reichsgesetzblatt
RL	=	Richtlinie
Rom I-VO	=	Verordnung über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht ABl L 2008/177, 6
Rs	=	Rechtssache
Rsp	=	Rechtsprechung
RV	=	Regierungsvorlage
RWZ	=	Zeitschrift für Rechnungswesen
RZ	=	Österreichische Richterzeitung
Rz	=	Randzahl
s	=	siehe
S	=	Satz; Seite
SAE	=	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen (deutsche Zeitschrift)
Sbg	=	Salzburg
SchSpG	=	Schauspielergesetz BGBl 1922/441
SE	=	Societas Europaea (Europäische Gesellschaft)
Slg	=	Sammlung (insbesondere der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften)
sog	=	sogenannte (-r, -s)
SozSi	=	Soziale Sicherheit (Zeitschrift)

SozV	=	Sozialversicherung
SpaltG	=	Spaltungsgesetz BGBl 1996/304
SSV-NF	=	Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes in Sozialrechtssachen
StGB	=	Strafgesetzbuch BGBl 1974/60
StGBl	=	Staatsgesetzblatt
str	=	streitig
sublit	=	sublitera
SVP	=	Sicherheitsvertrauensperson
SZ	=	Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes in Zivilrechtssachen
TAG	=	Theaterarbeitsgesetz BGBl I 2010/100
taxlex	=	Zeitschrift für Steuer und Beratung
Tir	=	Tirol
ua	=	unter anderem(n)
UAbs	=	Unterabsatz
uam	=	und andere mehr
ÜbergangsRL	=	Betriebsübergangsrichtlinie
udgl	=	und dergleichen
uE	=	unseres Erachtens
UGB	=	Unternehmensgesetzbuch BGBl I 2005/120
UmgrStG	=	Umgründungssteuergesetz BGBl 1991/699
UrhG	=	Urheberrechtsgesetz BGBl 1936/111
UrlG	=	Urlaubsgesetz, Bundesgesetz betreffend die Vereinheitlichung des Urlaubsrechts und die Einführung einer Pflegefreistellung BGBl 1976/390
usf(w)	=	und so fort (weiter)
uU	=	unter Umständen
V	=	a) Versicherung b) Verordnung
v	=	von(m)
VBG	=	Vertragsbedienstetengesetz 1948 BGBl 1948/86
verf-	=	verfassungs-
VfGH	=	Verfassungsgerichtshof
VfSlg	=	Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofes
vgl	=	vergleiche
VKG	=	Väter-Karenzgesetz BGBl 1989/651
Vlbg	=	Vorarlberg
VO	=	Verordnung (aus dem EU-Bereich)
Vor	=	Vorbemerkungen
VStG	=	Verwaltungsstrafgesetz 1991 BGBl 1991/52
VwGH	=	Verwaltungsgerichtshof
VwSlgNF	=	Sammlung der Erkenntnisse und Beschlüsse des Verwaltungsgerichtshofes, Neue Folge

wbl	=	wirtschaftsrechtliche blätter (Zeitschrift)
WiR	=	Studiengesellschaft für Wirtschaft und Recht
WKG	=	wirtschaftskammergesetz 1998 BGBl I 1998/103
wobl	=	Wohnrechtliche Blätter (Zeitschrift)
wvlbt	=	wiederverlautbart
Z	=	Zahl, Ziffer
Zak	=	Zivilrecht aktuell (Zeitschrift)
ZAS(B)	=	Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht (Beilage)
zB	=	zum Beispiel
ZER	=	Euro-Info, Beilage zur Zeitschrift für Europarecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZESAR	=	Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht (deutsch)
ZEuS	=	Zeitschrift für Europarechtliche Studien (deutsch)
ZfA	=	Zeitschrift für Arbeitsrecht (deutsch)
zfhr	=	Zeitschrift für Hochschulrecht
ZfRV	=	Zeitschrift für Europarecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZfV(B)	=	Zeitschrift für Verwaltung (Beilage)
ZIAS	=	Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und Sozialrecht
ZIK	=	Zeitschrift für Insolvenzrecht und Kreditschutz
ZIP	=	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (deutsch)
ZPMRK	=	Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
ZPO	=	Zivilprozessordnung RGBl 1895/113
ZUS	=	Zeitschrift für Unternehmensnachfolge und Steuerplanung
zust	=	zustimmend
zutr	=	zutreffend

Verzeichnis der häufig verwendeten Kommentar-, System- und Lehrbuchliteratur

Antoniolli/Koja, Allgemeines Verwaltungsrecht (3. Aufl, 1996) = *Antoniolli/Koja,* Allgemeines Verwaltungsrecht[3] . . .

Aust/Gittenberger/Knallnig-Prainsack/Strohmayer, Berufsausbildungsgesetz (2013) = *Bearbeiterin* in *Aust/Gittenberger/Knallnig-Prainsack/Strohmayer,* BerufsausbildungsG . . .

Berger/Fida/Gruber, Berufsausbildungsgesetz. Kurzkommentar (2000) = *Berger/Fida/Gruber,* BAG . . .

Burger-Ehrnhofer/Drs, Beendigung von Arbeitsverhältnissen (2014) = *Burger-Ehrnhofer/Drs,* Beendigung von Arbeitsverhältnissen . . .

Calliess/Ruffert (Hrsg), EUV/AEUV. Das Verfassungsrecht der Europäischen Union mit Europäischer Grundrechtecharta (5. Aufl, 2016) = *Bearbeiter* in *Calliess/Ruffert,* EUV/AEUV[5] . . .

Cerny, Urlaubsrecht (10. Aufl, 2011) = *Cerny,* Urlaubsrecht[10] . . .

Drs (Hrsg), Betriebspensionsrecht (2008) = *Bearbeiter* in *Drs,* Betriebspensionsrecht . . .

Drs (Hrsg), Handbuch Betriebspensionsrecht (2013) = *Bearbeiter* in *Drs,* Handbuch Betriebspensionsrecht . . .

Egger J., Das Arbeits- und Sozialrecht der EU und die österreichische Rechtsordnung (2. Aufl, 2005) = *Egger,* Arbeits- und Sozialrecht der EU[2] . . .

Fasching, Zivilprozessrecht. Lehr- und Handbuch (2. Aufl, 1990) = *Fasching,* Zivilprozessrecht[2] . . .

Fasching/Konecny (Hrsg), Kommentar zu den Zivilprozessgesetzen Band I (3. Aufl, 2013) = *Bearbeiter* in *Fasching/Konecny* I[3] . . .

Fasching/Konecny (Hrsg), Kommentar zu den Zivilprozeßgesetzen Band III (2. Aufl, 2004) = *Bearbeiter* in *Fasching/Konecny* III[2] . . .

Fenyves/Kerschner/Vonkilch (Hrsg), 3. Aufl des von Dr. Heinrich Klang begründeten Kommentars zum Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch (2000 ff) = *Bearbeiter* in *Fenyves/Kerschner/Vonkilch,* Klang[3] . . .

Floretta/Spielbüchler/Strasser, Arbeitsrecht Band I: Individualarbeitsrecht (4. Aufl, 1998) = *Grillberger,* Individualarbeitsrecht[4] . . .

Floretta/Spielbüchler/Strasser, Arbeitsrecht Band II: Kollektives Arbeitsrecht (4. Aufl, 2001) = *Strasser/Jabornegg,* Kollektives Arbeitsrecht[4] . . .

Floretta/Strasser, Handkommentar zum Arbeitsverfassungsgesetz (1975) = *Bearbeiter* in ArbVG-Kommentar . . .

Franzen/Gallner/Oetker (Hrsg), Kommentar zum europäischen Arbeitsrecht (2016) = *Bearbeiter* in *Franzen/Gallner/Oetker,* EUArbR . . .

Fuchs/Marhold, Europäisches Arbeitsrecht (4. Aufl, 2014) = *Fuchs/Marhold,* Europ Arbeitsrecht[4] . . .

Gahleitner/Mosler (Hrsg), Arbeitsverfassungsrecht Band II (5. Aufl, 2015) = *Bearbeiter* in *Gahleitner/Mosler,* ArbVR II[5] . . .

Gahleitner/Mosler (Hrsg), Arbeitsverfassungsrecht Band III (5. Aufl, 2015) = *Bearbeiter* in *Gahleitner/Mosler,* ArbVR III[5] . . .
Gerhartl, Urlaubsrecht. UrlG und weitere Rechtsvorschriften – Kommentar (2015) = *Gerhartl* in *Gerhartl,* Urlaubsrecht . . .
Gschnitzer/Faistenberger/Barta, Allgemeiner Teil des bürgerlichen Rechts (2. Aufl, 1992) = *Gschnitzer,* Allgemeiner Teil . . .
Gschnitzer/Faistenberger/Barta/Eccher, Schuldrecht Allgemeiner Teil (2. Aufl, 1986) = *Gschnitzer,* Schuldrecht Allgemeiner Teil[2] . . .

Heilegger/Klein, Arbeitszeitgesetz (4. Aufl, 2016) = *Bearbeiter* in *Heilegger/Klein,* AZG[4] . . .
Hießl/Runggaldier, Grundzüge des europäischen Arbeits- und Sozialrechts (4. Aufl, 2014) = *Hießl/Runggaldier,* Grundzüge des europ Arbeits- und Sozialrechts[4] . . .
Holzer/Reissner, Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz (2. Aufl, 2005) = *Holzer/Reissner,* AVRAG[2] . . .
Holzer/Reissner/W. Schwarz, Die Rechte des Arbeitnehmers bei Insolvenz (4. Aufl, 1999) = *Holzer/Reissner/W. Schwarz,* Insolvenz[4] . . .

Jabornegg/Resch (Hrsg), Kommentar zum Arbeitsverfassungsgesetz (ab 2002) = *Bearbeiter* in *Jabornegg/Resch,* ArbVG . . .

Kietaibl, Arbeitsrecht I (9. Aufl, 2015) = *Kietaibl,* Arbeitsrecht I[9] . . .
Kletečka/Schauer (Hrsg), ABGB-ON (Aufl 1.00 ff, ab 2010) = *Bearbeiter* in *Kletečka/Schauer,* ABGB-ON[1.00] . . .
Koppensteiner (Hrsg), Österreichisches und europäisches Wirtschaftsprivatrecht. Teil 5: Arbeitsrecht (1997) = *Bearbeiter* in *Koppensteiner,* Wirtschaftsprivatrecht . . .
Koziol – Welser/Kletečka, Bürgerliches Recht Band I (14. Aufl, 2014) = *Koziol – Welser/Kletečka,* Bürgerliches Recht I[14] . . .
Kralik, Erbrecht (3. Aufl, 1982) = *Kralik,* Erbrecht[3] . . .
Krejci, Unternehmensrecht (5. Aufl, 2013) = *Krejci,* Unternehmensrecht[5] . . .
Kuderna, Urlaubsrecht (2. Aufl, 1995) = *Kuderna,* Urlaubsrecht[2] . . .
Kuderna, Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz (2. Aufl, 1996) = *Kuderna,* ASGG[2] . . .
Kühteubl, Ausgliederung – Arbeitsrechtliche Fragen bei der Übertragung von Aufgaben durch Bund, Länder und Gemeinden (2006) = *Kühteubl,* Ausgliederung . . .

Liebeg, Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz (3. Aufl, 2007) = *Liebeg,* IESG[3] . . .
Löschnigg, Arbeitsrecht (12. Aufl, 2015) = *Löschnigg,* Arbeitsrecht[12] . . .
Löschnigg (Hrsg), Angestelltengesetz, 2 Bände (9. Aufl, 2012) = *Bearbeiter* in *Löschnigg,* AngG[9] . . .

Maier, Restrukturierungen im Arbeitsrecht (2015) = *Maier,* Restrukturierungen . . .
Marhold/Burgstaller/Preyer (Hrsg), Kommentar zum Angestelltengesetz (Loseblatt ab 2005) = *Bearbeiter* in *Marhold/Burgstaller/Preyer,* AngG . . .
Marhold/Friedrich, Österreichisches Arbeitsrecht (2. Aufl, 2012) = *Marhold/Friedrich,* Österr Arbeitsrecht[2] . . .
Mayer-Maly, Österreichisches Arbeitsrecht (1970) = *Mayer-Maly,* Arbeitsrecht . . .
Mayer/Stöger (Hrsg), Kommentar zu EUV/AEUV unter Berücksichtigung der österreichischen Judikatur und Literatur (Loseblatt) = *Bearbeiter* in *Mayer/Stöger,* EUV/AEUV . . .
Mayr, Arbeitsrecht (Loseblatt, mit 162. ErgLfg) = *Mayr,* Arbeitsrecht . . .
Mayr/Resch, Abfertigung neu. Betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz – BMSVG (2. Aufl, 2009) = *Mayr/Resch,* BMSVG[2] . . .

Mayrhofer/Ehrenzweig, Schuldrecht, Allgemeiner Teil (1986) = *Mayrhofer,* Schuldrecht allgemeiner Teil . . .

Mazal/Risak (Hrsg), Das Arbeitsrecht – System und Praxiskommentar (Loseblatt ab 2002) = *Bearbeiter* in *Mazal/Risak,* Arbeitsrecht . . .

Mosler/Müller/Pfeil (Hrsg), Der SV-Komm – Kommentar zur Sozialversicherung (Loseblatt ab 2013) = *Bearbeiter* in *Mosler/Müller/Pfeil,* SV-Komm . . .

Müller-Glöge/Preis/Schmidt (Hrsg), Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht (15. Aufl, 2015) = *Bearbeiter* in Erfurter Kommentar[15] . . .

Neumayr/Reissner (Hrsg), Zeller Kommentar zum Arbeitsrecht (2. Aufl, 2011) = *Bearbeiter* in ZellKomm[2] . . .

Öhlinger/Eberhard, Verfassungsrecht (10. Aufl, 2014) = *Öhlinger/Eberhard,* Verfassungsrecht[10] . . .

Pfeil (Hrsg), Der AlV-Komm (2016) = *Bearbeiter* in *Pfeil,* AlV-Komm . . .

Pfeil, Österreichisches Sozialrecht (10. Aufl, 2014) = *Pfeil,* Sozialrecht[10] . . .

Preis/Sagan (Hrsg), Europäisches Arbeitsrecht (2015) = *Bearbeiter* in *Preis/Sagan,* Europ Arbeitsrecht . . .

Rebhahn (Hrsg), Kommentar zum Gleichbehandlungsgesetz (2005) = *Bearbeiter* in *Rebhahn,* GlBG . . .

Reissner (Hrsg), Angestelltengesetz – Kommentar (2. Aufl, 2015) = *Bearbeiter* in *Reissner,* AngG[2] . . .

Reissner/Neumayr (Hrsg), Zeller Handbuch Arbeitsvertrags-Klauseln (2010) = *Bearbeiter* in ZellHB AV-Klauseln Rz . . .

Reissner/Neumayr (Hrsg), Zeller Handbuch Betriebsvereinbarungen (2014) = *Bearbeiter* in ZellHB BV Rz . . .

Resch, Sozialrecht (6. Aufl, 2014) = *Resch,* Sozialrecht[6] . . .

Rieder/Huemer, Gesellschaftsrecht (4. Aufl, 2016) = *Rieder/Huemer,* Gesellschaftsrecht[4] . . .

Rummel (Hrsg), Kommentar zum ABGB (3. Aufl, 2000 ff) = *Bearbeiter* in *Rummel,* ABGB[3] . . .

Rummel/Lukas (Hrsg), Kommentar zum ABGB (4. Aufl, 2014 ff) = *Bearbeiter* in *Rummel/Lukas,* ABGB[4] . . .

Schaub, Arbeitsrechts-Handbuch (16. Aufl, 2015) = *Bearbeiter* in *Schaub,* Arbeitsrechts-HB[16] . . .

Schima, Umgründungen im Arbeitsrecht (2004) = *Schima,* Umgründungen . . .

Schnorr, Ausländerbeschäftigungsgesetz (4. Aufl, 1998) = *Schnorr,* AuslBG[4] . . .

Schrammel/Winkler, Europäisches Arbeits- und Sozialrecht (2010) = *Schrammel/Winkler,* Europ Arbeits- und Sozialrecht . . .

Schrank, Arbeitszeitgesetze Kommentar (3. Aufl, 2015) = *Schrank,* Arbeitszeitgesetze[3] . . .

Schwimann (Hrsg), ABGB-Taschenkommentar (3. Aufl, 2015) = *Bearbeiter* in *Schwimann,* ABGB-Taschenkommentar[3] . . .

Schwimann/Kodek (Hrsg), Praxiskommentar zum ABGB I – VI (4. Aufl, 2012 ff) = *Bearbeiter* in *Schwimann/Kodek,* ABGB I[4] – VI[4] . . .

Sonntag (Hrsg), ASVG (7. Aufl, 2016) = *Bearbeiter* in *Sonntag,* ASVG[7] . . .

Strasser/Jabornegg, Arbeitsverfassungsgesetz (3. Aufl, 1999) = *Strasser/Jabornegg,* ArbVG[3] . . .

Tomandl (Hrsg), Arbeitsverfassungsgesetz (Loseblatt ab 2005) = *Bearbeiter* in *Tomandl,* ArbVG . . .

Tomandl (Hrsg), Der Betriebs(teil)übergang im Arbeitsrecht (1995) = *Bearbeiter* in *Tomandl,* Betriebsteilübergang . . .

Tomandl, Sozialrecht (6. Aufl, 2009) = *Tomandl,* Sozialrecht[6] . . .

Tomandl (Hrsg), System des österreichischen Sozialversicherungsrechts (Loseblatt ab 1978) = *Bearbeiter* in *Tomandl,* SozV-System . . .

Wagnest, Die Haftung bei Übergang eines Unternehmens oder Betriebes – Inhalt und Abgrenzung von § 6 AVRAG und § 1409 ABGB (1997) = *Wagnest,* Haftung . . .

Welser/Zöchling-Jud, Bürgerliches Recht Band II (14. Aufl, 2015) = *Welser/Zöchling-Jud,* Bürgerliches Recht II[14] . . .

Windisch-Graetz, Arbeitsrecht II (9. Aufl, 2015) = *Windisch-Graetz,* Arbeitsrecht II[9] . . .

Zöllner/Loritz/Hergenröder, Arbeitsrecht (7. Aufl, 2015) = *Zöllner/Loritz/Hergenröder,* Arbeitsrecht[7] . . .

Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz

(AVRAG)

BGBl 1993/459 idF BGBl 1994/450, 1995/895, 1996/754, I 1997/9, I 1997/139, I 1999/120, I 1999/179, I 2000/44, I 2001/2, I 2001/98, I 2002/52, I 2002/68, I 2002/89, I 2002/100, I 2005/8, I 2005/103, I 2006/36, I 2007/78, I 2007/104, I 2009/90, I 2009/135, I 2009/150, I 2010/29, I 2011/24, I 2011/152, I 2012/98, I 2013/67, I 2013/71, I 2013/107, I 2013/138, I 2014/94, I 2015/113, I 2015/152, I 2016/44 und 237/ME 25. GP

Artikel I

Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz – AVRAG

Geltungsbereich

§ 1. (1) Dieses Bundesgesetz gilt für Arbeitsverhältnisse, die auf einem privatrechtlichen Vertrag beruhen.

(2) Ausgenommen sind Arbeitsverhältnisse

1. zu Ländern, Gemeindeverbänden und Gemeinden;

2. der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter im Sinne des Landarbeitsgesetzes 1984, BGBl. Nr. 287;

3. zum Bund, auf die dienstrechtliche Vorschriften anzuwenden sind, welche den Inhalt der Arbeitsverhältnisse zwingend regeln;

4. zu Stiftungen, Anstalten oder Fonds, auf die das Vertragsbedienstetengesetz 1948 (VBG), BGBl. Nr. 86, gemäß § 1 Abs. 2 VBG sinngemäß anzuwenden ist.

(3) Dieses Bundesgesetz gilt nicht für Beschäftigungsverhältnisse, auf die das Heimarbeitsgesetz 1960, BGBl. Nr. 105/1961, anzuwenden ist.

(4) Auf Arbeitsverhältnisse, für die das Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz (HGHAG), BGBl. Nr. 235/1962, gilt, finden die §§ 2, 2 c, 2 d, 11 bis 14 b, für Hausgehilfen und Hausangestellte von physischen Personen finden auch die §§ 3 bis 6 keine Anwendung.

IdF BGBl I 2013/138.

Literatur: *Achatz/Isak/Marhold,* Privatisierung im Europarecht, Steuerrecht, Arbeitsrecht und Sozialrecht (1999); *Binder,* Die österreichische Betriebsübergangsregelung – eine geglückte Bedachtnahme auf die europarechtlichen Vorgaben? DRdA 1996, 1 ff; *Binder,* Die Gemeinschaftsmaßnahmen zur Wahrung von Arbeitnehmerinteressen bei Betriebsübergang, Massenentlassung und Insolvenz und ihre Bedeutung für das österreichische Arbeitsrecht, in *Koppensteiner* (Hrsg), Österreichisches und Europäisches Wirtschaftsprivatrecht, Teil 5: Arbeitsrecht (1997) 101 ff; *Eilmansberger,* Privatisierung und Gemeinschaftsrecht, in *Hummer* (Hrsg), Europarechtliche Markierungen zur Jahrtausendwende (2001) 93 ff; *Kiendl,*

Jüngste Entwicklungen in der Rechtsprechung des EuGH zur Betriebsübergangs-Richtlinie. Besprechung der Entscheidungen in den Rechtssachen C-298/94 Henke und C-305/94 Rotsart de Hertaing, wbl 1997, 57 ff; *K. Kropf,* Symposium „Dienstnehmerrechte bei Ausgliederungen aus Gebietskörperschaften und Privatisierungen", DRdA 1999, 81 ff; *Kühteubl,* Ausgliederung. Arbeitsrechtliche Fragen bei der Übertragung von Aufgaben durch Bund, Länder und Gemeinden (2006); *K. Mayr,* Probleme bei der Umsetzung der EU-Betriebsübergangsrichtlinie im öffentlichen Dienst, in *Kropf* (Hrsg), Ausgliederungen aus dem öffentlichen Bereich (2002) 37 ff; *K. Niedermair,* Arbeitsrechtliche Aspekte einer Ausgliederung. Übergang von Dienstverhältnissen – wie können Regelungslücken geschlossen werden? RFG 2003/21 (Glosse zu OGH 9 ObA 153/98 k und OGH 8 ObA 221/98 b); *Pfeil,* Übergangsprobleme des Personalrechts nach UG 2002, zfhr 2004, 4 ff; *Reissner,* Privatisierung staatlicher Einrichtungen und Betriebsübergangs-Richtlinie. Anmerkungen zum Urteil des EuGH v 14. 9. 2000, Rs C-343/98 (Collino gegen Telecom Italia), RdW 2000, 672 ff; *Resch,* Betriebsübergang bei Ausgliederung von Gemeinde- und Landesbetrieben, FS Cerny (2001) 319 ff; *Resch,* Arbeitsrechtliche Fragen bei der Ausgliederung durch Gemeinden, in *Potacs/Sturm* (Hrsg), Reform der Kärntner Gemeindeverwaltung (2006) 255 ff; *Schrammel,* Arbeitsrechtliches zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben, FS Krejci II (2001) 1673 ff; *B. Schwarz,* Rechtsprobleme der Ausgliederungen unter besonderer Betonung des öffentlichen Bereiches, DRdA 2002, 351 ff; *Stärker,* Ausgliederungen im Landes- und Gemeindebereich, ecolex 2003, 926 ff; *Strasser,* Abhängiger Arbeitsvertrag oder freier Dienstvertrag. Eine Analyse des Kriteriums der persönlichen Abhängigkeit, DRdA 1992, 93 ff; *Wachter,* DRdA 2000, 139 ff (EAnm); *G. Winkler,* Firmentarif versus Verbandstarif, FS Krejci II (2001) 1755 ff.

Übersicht

		Rz
I.	Regelungszweck	1
II.	Das Anwendungsfeld: Die Arbeitsverhältnisse zu staatsfernen Arbeitgebern	3
	A. Vorliegen eines privatrechtlichen Arbeitsverhältnisses	3
	B. Ausgliederung der arbeitnehmerähnlichen Personen	7
III.	Die Bereichsausnahmen	8
	A. Die öffentlich Bediensteten	8
	B. Die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter	12
	C. Die Heimarbeiter	13
	D. Die Hausgehilfen und Hausangestellten	14

I. Regelungszweck

1 Im Zuge des EWR- und EU-Beitritts mussten die nationalen Arbeitsrechtsvorschriften an die europarechtlichen Vorgaben, insb an verschiedene EG-Richtlinien (zB die NachweisRL 91/533, die BetriebsübergangsRL 77/187,[1] die ArbeitsschutzrahmenRL 89/391), angepasst und die noch ungeregelten Inhalte umgesetzt werden. Dies geschah zum Teil in den – bereits vorhandenen oder neu zu schaffenden – arbeitsrechtlichen SpezialG (zB im GleichbG, BGBl 1979/108,[2] und im ASchG, BGBl 1994/450), zum Teil in dem allgemein gehaltenen Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz (AVRAG, BGBl 1993/459), um mit einem einfachen Gesetzgebungsakt möglichst alle AN-Gruppen zu erfassen.[3] In Ermangelung eines umfassenden Arbeitsverhältnisgesetzes musste das AVRAG als ein neues **arbeitsrechtliches Basisgesetz** geschaffen werden. Auf diese Weise können – wie gesagt – alle Berufsgruppen erreicht werden, ohne die neuen Inhalte erst mühsam durch die Änderung einer Vielzahl von Spezialregelungen einfügen zu müssen. Positiv schlägt auch zu Buche, dass die breiter wirkenden Neuerungen an einem leicht auffindbaren Ort stehen und auch die zukünftige Novellengesetzgebung

1 Nunmehr BetriebsübergangsRL 2001/23/EG.
2 Nunmehr GlBG 2004, BGBl I 2004/66.
3 Siehe auch ErläutRV 1077 BlgNR 18. GP 8 f.

in dieser Hinsicht vereinfacht wird. Das AVRAG trägt damit den Keim einer späteren Individualarbeitsrechtskodifikation in sich.

Naturgemäß konnte das AVRAG nicht ohne „Querverweise" (vgl zB §§ 11, 17, 18 AVRAG) auskommen, weil andernfalls der jeweilige Normenkomplex in seiner vollen Breite mit einzubeziehen gewesen wäre. Das ermöglicht die Vermeidung einer unnötigen Aufblähung des Gesetzestextes. Andererseits führt diese Gesetzestechnik zu **Rechtsunübersichtlichkeit:** die punktuellen und rudimentären AVRAG-Bestimmungen müssen nämlich erst in den jeweiligen arbeitsrechtlichen Sachzusammenhang eingepasst werden. Dieses Problem verschärft sich dadurch, dass in das AVRAG völlig **heterogene Materien** Eingang gefunden haben. Gerade der Novellengesetzgeber verdeutlicht zur Genüge, dass ein völlig offener Gegenstandskatalog intendiert ist, bei dem jederzeit mit dem Hinzukommen von weiteren Materien zu rechnen ist. Dies machte der Gesetzgeber etwa insofern deutlich, als er noch nicht angesprochene Materien in den § 2a AVRAG (BGBl I 2001/2, Entgeltbemessungsgrundlage bei Vorteilen aus Unternehmensbeteiligungen), § 2b AVRAG (BGBl I 2002/52, Benachteiligungsverbot befristet beschäftigter AN), § 2c AVRAG (BGBl I 2015/152, Konkurrenzklausel), § 2d AVRAG (BGBl I 2006/36, Ausbildungskostenrückersatz), § 14c (BGBl I 2013/138, Pflegekarenz), § 14d (BGBl I 2013/138, Pflegeteilzeit) aufnahm. Diese Regelungstechnik wird sich jedoch nicht ad infinitum fortsetzen lassen, sollen die Normadressaten nicht vor unlösbare Anwendungsprobleme in Bezug auf Auffindbarkeit und systembezogene Interpretation gestellt werden. **2**

II. Das Anwendungsfeld: Die Arbeitsverhältnisse zu staatsfernen Arbeitgebern

A. Vorliegen eines privatrechtlichen Arbeitsverhältnisses

§ 1 Abs 1 AVRAG bestimmt das Anwendungsfeld für alle Regelungsmaterien des Gesetzes durch Anknüpfung am privatrechtlichen Arbeitsverhältnis. Damit wird von vornherein das auf hoheitlichem Ernennungsakt beruhende Dienstverhältnis ausgeschieden. Aber auch die Vertragsbediensteten – gleichgültig, ob sie mit hoheitlichen, privatwirtschaftlichen oder gemischten Vollzugsaufgaben betraut sind – werden durch die speziellen Ausnahmetatbestände der Ziffern 1, 3 und 4 des § 1 Abs 2 AVRAG eximiert. Daraus resultiert, dass sich die AVRAG-Normen auf die **privatrechtlichen Arbeitsverhältnisse zu staatsfernen AG** beziehen. (Dies ist für die Fälle von Betriebsübergängen und Ausgliederungen seitens der öffentlichen Hand durchaus nicht unproblematisch, was sogleich aufgezeigt wird.)[4] Herauszunehmen sind aber auch Personen, die aufgrund familienrechtlicher Beziehung, auf gesellschaftsvertraglicher oder vereinsrechtlicher Grundlage, auf der Basis eines Geschäftsbesorgungsvertrags (vgl §§ 1002ff ABGB) oder auch aufgrund eines Weihetitels in der Kirche tätig sind.[5] **3**

Ob ein privatrechtliches Arbeitsverhältnis vorliegt, ist nach § **1151 Abs 1 ABGB** zu bestimmen, wonach es darauf ankommt, dass sich jemand „auf eine gewisse Zeit zur Dienstleistung für einen anderen verpflichtet." Im Rahmen eines kombinatorischen Systems wird somit auf folgende Merkmale abgestellt: **4**

a) Bestehen eines dauernden Verpflichtungsverhältnisses;

4 AM dagegen *Schrammel* in FS Krejci II 1688f, der in Bezug auf die Z 3, 4 des § 1 Abs 2 AVRAG („zwingende Regelung des Dienstvertragsinhalts") eine Verdoppelung der Schutzvorschriften befürchtet, woraus sich eine Unkündbarkeit der zu übernehmenden AN ergeben könnte.

5 Siehe auch *Reissner* in ZellKomm² § 1 AVRAG Rz 5.

b) Tätigwerden unter Leitung und Verfügung eines anderen;

c) Benützung fremder Arbeitsmittel;

d) individualisierter persönlicher Arbeitskrafteinsatz;

e) Haftung bei der Tätigkeitsentfaltung für Sorgfalt und Aufmerksamkeit, nicht aber für den Arbeitserfolg.

Zu a)–e): Diese Faktoren müssen nicht rein vorliegen, sondern es können deren Intensitätsgrade durchaus variieren, sofern nur eine **bestimmte Abhängigkeitsschwelle** in Bezug auf die persönliche und wirtschaftliche Unterordnung **überschritten** ist. Es bedarf somit einer Gesamtwertung und -gewichtung.[6] Darüber hinaus ist der AN-Begriff in seiner Randzone insofern zu flexibilisieren, als die Regelungsmaterie wechselt:[7] Soweit in den Normen AN-Schutzaspekte (vgl zB §§ 8–10 AVRAG) sowie die Verzahnung mit sozialversicherungsrechtlichen Leistungen (vgl §§ 11–14 d AVRAG) angesprochen werden, wird auch die faktische AN-Situation in den Subsumtionsprozess mit einzubeziehen sein.

5 Sollte jemand auf einer **fehlerhaften Vertragsgrundlage** in persönlicher und wirtschaftlicher Abhängigkeit seine Dienste erbringen, so sind für die Dauer des Erfüllungsstadiums jedenfalls auch die zwingenden Normen des AVRAG anzuwenden. Dies gebietet deren Schutzzweck; auch ein rechtlich nicht voll ausgereifter Arbeitsvertrag ist daher als „Vertrag" iSd § 1 Abs 1 AVRAG zu werten. Das lässt sich generell aus diversen arbeitsrechtlichen Beendigungsnormen (vgl zB § 82 lit a GewO 1859; § 31 Z 1 TAG; § 122 Abs 1 Z 1 ArbVG) und aus der verschiedentlichen Anknüpfung arbeitsrechtlicher Vorschriften an rein faktischen Beschäftigungsverhältnissen (zB im AN-Schutz-, Ausländerbeschäftigungs- und Arbeitskräfteüberlassungsrecht) herleiten. Bezüglich der Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses nach Entdeckung der fehlerhaften Grundlage sind dann die Sanierungsmöglichkeiten zu prüfen.[8]

6 Da die **Einstufungs- und Abgrenzungsfragen** hinsichtlich der Auszubildenden (ua Ferialpraktikanten, Rehabilitanden), der zu Erprobenden, der Außendienstmitarbeiter und „freien" DN, aber auch der Organpersonen, vor allem im Rahmen des Betriebsübergangsrechts schlagend werden, finden sich dort detaillierte Erörterungen (vgl § 3 Rz 28 ff).

B. Ausgliederung der arbeitnehmerähnlichen Personen

7 Besonders hinzuweisen ist darauf, dass „AN-ähnliche" Personen vom AVRAG nicht erfasst werden, das sind jene Personen, die – ohne in einem Arbeitsverhältnis zu stehen – im Auftrag und für Rechnung anderer Personen in „wirtschaftlicher Unselbständigkeit" Arbeit leisten (s § 51 Abs 3 Z 2 ASGG). Dies verdeutlicht ua § 1 Abs 3 AVRAG, worin die Beschäftigungsverhältnisse der Heimarbeiter vom Geltungsbereich des AVRAG ausgenommen werden. Selbst wenn somit der Dienstleistende nur einen oder wenige Auftraggeber hat, über keine eigene betriebliche Struktur oder Kapitalausstattung verfügt und die Arbeit im Wesentlichen persönlich erbringt (vgl dazu auch § 4 Abs 4 ASVG), jedoch über die organisatorische Art und Weise der Arbeitsausführung autonom entscheiden kann und dafür persönliches Risiko trägt, fällt er aus dem Geltungsbereich des AVRAG heraus, mag es nun um Dienstzettelausstellung, Be-

---

6 Im Einzelnen hiezu bei *Krejci* in *Rummel*, ABGB I³ § 1151 Rz 32 ff; *Schrammel* in *Fenyves/Kerschner/Vonkilch*, Klang³ § 1151 Rz 22 ff; *Pfeil* in *Schwimann/Kodek*, ABGB V⁴ § 1151 Rz 4 ff; *Löschnigg*, Arbeitsrecht¹² 167 ff; *Spielbüchler*, Individualarbeitsrecht⁴ 63 ff; *Strasser*, DRdA 1992, 93 ff; *Kietaibl*, Arbeitsrecht I⁹ 16 ff, mit jeweils entsprechender Judikatur- und Literaturverarbeitung.

7 So zutr *Holzer/Reissner*, AVRAG² § 1 Rz 2.

8 Dazu insb *Spielbüchler*, Individualarbeitsrecht⁴ 139 ff.

triebsübergang (näher unter § 3 Rz 34) oder Bildungskarenz gehen. In die Kategorie der „AN-ähnlichen" Personen fallen vor allem selbstständige Handelsvertreter, Tankstellenpächter, Franchisenehmer, Reiseleiter, Berg- und Fremdenführer, Privatlehrer, freie Journalisten, Vortragende bei Bildungseinrichtungen, Stundenbuchhalter und Werkstudenten.[9]

III. Die Bereichsausnahmen

A. Die öffentlich Bediensteten

8 Öffentlich Bedienstete werden vom Geltungsbereich des AVRAG (vgl § 1 Abs 2 Z 1, 3 und 4) grundsätzlich ausgenommen. Dies ist einmal daraus zu erklären, dass ein Gutteil dieser Gruppe als **Beamte** (dh aufgrund eines öffentlich-rechtlichen Bestellungsaktes) beschäftigt wird, die bereits von § 1 Abs 1 AVRAG – europarechtskonform (vgl Art 2 Abs 1 lit d BetriebsübergangsRL) – ausgenommen sind und überdies über einen verstärkten Bestandschutz verfügen. Der Gesetzgeber will somit – wie auch sonst im „Arbeitsrecht" festzustellen – das öffentlich-rechtliche Dienstrecht nicht antasten.[10]

9 Hinzu kommt, dass der verfassungsrechtliche **Kompetenzkatalog** (vgl Art 21 Abs 1 und 2 B-VG) eine bundesgesetzliche Regelung bezüglich der zu **Ländern, Gemeindeverbänden und Gemeinden** bestehenden Dienstverhältnisse ausschließt (damit konform § 1 Abs 2 Z 1 AVRAG).[11] Dass auf Landesebene in europarechtlicher Hinsicht auf die Vertragsbediensteten noch zu wenig Bedacht genommen wird[12] und bei Betriebsübergängen Umsetzungsdefizite sowie Schutzlücken auftreten, steht auf einem anderen Blatt.[13] Dies ist vor allem bei den von diesen Gebietskörperschaften verwalteten Wirtschaftskörpern (ohne eigene Rechtspersönlichkeit) der Fall. Eine entsprechende Anpassung der Landes- und GemeindevertragsbedienstetenG insb in Bezug auf das Sachproblem des Betriebsübergangs wäre daher – soweit nicht mittlerweile geschehen – dringend notwendig.[14] Der OGH behilft sich mit der Bejahung der **unmittelbaren Anwendung der BetriebsübergangsRL** in Bezug auf das ausgliedernde Land oder die ausgliedernde Gemeinde.[15] Gegen den Willen des Vertragsbediensteten kommt

---

9 Näheres dazu vor allem *Krejci* in *Rummel,* ABGB I³ § 1151 Rz 90 f; *Pfeil* in *Schwimann/Kodek,* ABGB V⁴ § 1151 Rz 46 ff; sowie die Monografie von *Wachter,* Wesensmerkmale der AN-ähnlichen Person (1980).

10 Für strikte Herausnahme der Beamten aus dem AVRAG auch *Schrammel* in FS Krejci II 1674, 1687; weiters *Eilmansberger* in *Hummer,* Europarechtliche Markierungen 107 f; *Kühteubl,* Ausgliederung 52 ff mwN.
Für einen materiellen, gemeinschaftsrechtlich geprägten AN-Begriff, der im Rahmen einer Ausgliederung öffentlicher Bereiche mit wirtschaftlicher Aufgabenstellung auch Beamte einbezieht, plädieren jedoch *Marhold* in *Achatz/Isak/Marhold,* Privatisierung im Europarecht, Steuerrecht, Arbeitsrecht und Sozialrecht 66 ff; *B. Schwarz,* DRdA 2002, 355 ff; *K. Mayr* in *Kropf,* Ausgliederungen aus dem öffentlichen Bereich 46 f.

11 Dazu auch *Resch* in *Potacs/Sturm,* Reform der Kärntner Gemeindeverwaltung, insb 261 ff; OLG Linz 11 Ra 63/11 f, ARD 6173/5/2011.

12 Ausnahmen von dieser Kritik liefern immerhin die einschlägigen Gesetze der Bundesländer Vlbg (§ 14 LandesbedienstetenG 2000, LGBl 2000/50 idgF) und Krnt (§ 22 b Kärntner Landesvertragsbedienstetengesetz 1994, LGBl 1994/73 idgF).

13 IdS ebenso *Eilmansberger* in *Hummer,* Europarechtliche Markierungen 107 f; *Resch* in FS Cerny 323 f, der auf die Möglichkeit von Betriebsübergängen über Bundesländergrenzen hinweg verweist.

14 So schon *Binder* in *Koppensteiner,* Wirtschaftsprivatrecht 102.

15 Siehe OGH 8 ObA 221/98 b, DRdA 2000, 134 = ZAS 2000, 108: Tiroler Musikschule; OGH 9 ObA 17/03 w, ecolex 2004/26 = ASoK 2004, 335: Gemeindekindergarten; OGH 9 ObA 17/03 m, RdW 2004/135 = Arb 12.360: Gemeindekindergarten; OGH 8 ObA 41/03 t, infas 2003, A 84 = RdW 2003/573 = wbl

es jedoch zu keinem Ex-lege-Übergang des Dienstvertrags;[16] die Gebietskörperschaft kann sich somit nicht auf die unmittelbare Anwendbarkeit der BetriebsübergangsRL berufen – vielmehr trifft sie eine Umsetzungspflicht.

Darüber hinaus könnte der Bund auch eine **Ersatzregelung** (s Art 23 d Abs 5 B-VG) treffen, wenn das Land weiterhin mit der Festlegung einer Eintrittsautomatik bezüglich der bestehenden Vertragsbediensteten-Dienstverhältnisse säumig ist.[17]

10 Doch auch die Ausnahmebestimmungen des § 1 Abs 2 Z 3 und Z 4 AVRAG rufen Probleme in Bezug auf die BetriebsübergangsRL hervor. Es besteht nämlich keine zwingende Logik, den **Bund** bzw die von ihm verwalteten Wirtschaftskörper ohne Rechtspersönlichkeit dann vom Betriebsübergangsrecht zu eximieren, wenn er den Inhalt seiner Arbeitsverhältnisse gesetzlich (wie zB durch das Bundes-VBG 1948) zwingend regelt. Auch die unabdingbare Durchnormierung garantiert nicht, dass darin den Schutzbedürfnissen der Vertragsbediensteten ausreichend Rechnung getragen wird. Gerade in Zeiten, in denen aus Gründen der Budgetsanierung und verstärkter Marktphilosophie vom Bund getragene Unternehmen „privatisiert", also in die Hände von Privateigentümern übergeleitet werden, kommt dem Vorhandensein einer dienstvertraglichen Beendigungsbarriere große Bedeutung zu. Der Kündigungstatbestand des § 32 Abs 4 VBG weist insofern eine zu geringe Schutzintensität auf, weil er dem AG die Vertragslösung bei „Änderung des Arbeitsumfanges, der Organisation des Dienstes oder der Arbeitsbedingungen" prinzipiell gestattet.[18] Soweit es sich nicht um die Übertragung von Verwaltungsaufgaben handelt, spricht der OGH[19] daher explizit von einem Umsetzungsdefizit.

Nicht anders verhält es sich mit der Bereichsausnahme der Z 4 des § 1 Abs 2 AVRAG, die sich auf **Fonds, Stiftungen oder Anstalten des Bundes** bezieht, für die das VBG sinngemäß gilt. Die in diesen Institutionen beschäftigten Vertragsbediensteten genießen somit nur wenig Schutz, wenn es zu Ausgliederungen aus der Bundesverwaltung kommt. Offensichtlich vertraut man darauf, dass der Bund sozial behutsam vorgehen wird. Dies war in der Vergangenheit auch großteils der Fall, wenn durch spezialgesetzliche Regelungen die nötigen AN-Übernahmen verfügt wurden (näher unter § 3 Rz 62).[20] Doch das drohende Risiko, wegen eines sozial lückenhaften (Ausgliederungs-)SpezialG politisch zur Verantwortung gezogen zu werden, vermag eine allgemeine rechtliche Übergangsgarantie nicht zu ersetzen.

2004/33: Gemeindekindergarten; OGH 8 ObA 3/04 f, DRdA 2005/37 *(Resch)* = ZAS 2005/44 *(K. Posch)* = infas 2005, A 5 = ecolex 2005/66: Wiener Stadtwerke; EuGH C-297/03, *Sozialhilfeverband Rohrbach,* Slg 2005, I-4305 = infas 2005, 155 = ZESAR 2005, 477 (zust *Resch*). Siehe insb auch *Resch* in FS Cerny 324 ff; *Schrammel* in FS Krejci II 1682 ff; *K. Niedermair,* RFG 2003/21; *Stärker,* ecolex 2003, 926 ff.

16 So EuGH C-297/03, *Sozialhilfeverband Rohrbach,* ZESAR 2005/477 (zust *Resch*); OGH 9 ObA 92/05 b, DRdA 2007/4 *(Resch).*

17 Ausführlich zu diesem Komplex unter § 3 Rz 61 ff mit entsprechenden Literaturhinweisen.

18 § 126 Abs 4 UG 2002 versperrt allerdings bezüglich der von der Universität übernommenen Vertragsbediensteten diese Kündigungsmöglichkeit für die Dauer von zwei Jahren (dazu *Pfeil,* zfhr 2004, 4 ff [II, B]).

19 8 ObA 130/01 b, RdW 2002/465: Bundesmuseen; dazu auch *Obereder,* DRdA 2004, 377 (Glosse).

20 Siehe auch *Wachter,* DRdA 2000, 139 f. Weiters zu den AusgliederungsG *B. Schwarz,* DRdA 2002, 356 ff; *Kühteubl,* Ausgliederung 73 ff; *Winkler* in FS Krejci II 1755 ff, sowie für die Spezialsituation der Universitäten *Pfeil,* zfhr 2004, 4 ff.

Eine **Gegenausnahme** ergibt sich nur für die nach § 1 Abs 3 und Abs 4 VBG eximierten Beschäftigtengruppen.[21] Diese bleiben im Anwendungsbereich des AVRAG.

Primär steht bei **„echten Privatisierungen"** – iSd Ausgliederung von Wirtschaftsaufgaben seitens einer Gebietskörperschaft (Bund, Land, Gemeindeverband, Gemeinde) an ein Privatunternehmen[22] – ein Schadenersatzanspruch des AN gegen den bisherigen AG im Blickfeld.[23] Diese Staatshaftung gründet sich auf die mangelnde Umsetzung der BetriebsübergangsRL. Da eine reine Geldforderung naturgemäß nicht an den nach der RL gebotenen Naturalanspruch auf Fortbeschäftigung des AN seitens des privaten Erwerbers heranreicht, wird vom OGH jedoch prinzipiell ein automatischer Dienstvertragsübergang auf den erwerbenden Privatunternehmer auf der Basis richtlinienkonformer Interpretation des AVRAG bejaht.[24] **11**

B. Die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter

Die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter sind allein aus kompetenzrechtlichen Gründen durch § 1 Abs 2 Z 2 AVRAG eximiert. Nach Art 10 Abs 1 Z 11 iVm Art 12 Z 6 B-VG kommt dem Bund bezüglich des land- und forstwirtschaftlichen Arbeiterrechts nur die Grundsatzgesetzgebung zu; die AusführungsG haben die Länder zu erlassen. Das gesamte Landarbeiterrecht findet sich in seinen Grundzügen im LAG 1984 (BGBl 287) kodifiziert. Mit Bezug auf das EU-Recht wurden folgende Anpassungen vorgenommen: **12**

a) betreffend den Dienstschein (§ 7 LAG, BGBl 1994/514);

b) betreffend die Entsendung nach Österreich (§ 14a LAG, BGBl 1994/514);

c) betreffend das Verhalten bei Gefahr (§ 38a LAG, BGBl I 1998/101);

d) betreffend die Schutzmaßnahmen für das Sicherheitspersonal (§ 38b LAG, BGBl I 1998/101);

e) betreffend die Kontrollmaßnahmen (§ 38c LAG, BGBl I 1998/101);

f) betreffend den Betriebsübergang (§§ 39a–39d LAG, BGBl 1994/514). Darin wurde die BetriebsübergangsRL im Wesentlichen den §§ 3ff AVRAG entsprechend umgesetzt. Eine bemerkenswerte Abweichung findet sich allerdings in § 39a Abs 4 LAG, wo dem AN ein generelles Lösungsrecht zum Betriebsübergangszeitpunkt zugestanden wird. Die Länder haben den vorgegebenen rechtlichen Rahmen bereits in ihren Landarbeitsordnungen konkretisiert und ausgeführt (vgl §§ 39a ff Bgld LAO, LGBl 2000/53; §§ 59ff Krnt LAO, LGBl 1999/63; §§ 38a ff NÖ LAO, LGBl 1920–16 [1997/47]; §§ 39a ff OÖ LAO, LGBl 1995/66; §§ 38ff

---

21 So auch ErläutRV 1077 BlgNR 18. GP 9. Zweifelnd bezüglich der – wegen KollV-Geltung – durch V ausgenommenen Bediensteten jedoch *Holzer/Reissner,* AVRAG² § 1 Rz 41.

22 Liegt der neue Rechtsträger weiter im Einflussbereich des bisherigen AG, so spricht man von **„Pseudoprivatisierung"**; dh die übertragende Gebietskörperschaft hält weiterhin bedeutende Anteile an der den Betrieb übernehmenden privatrechtlichen Gesellschaft. Das Ergebnis des Ex-lege-Betriebsübergangs ist freilich dasselbe wie bei einer „echten" Privatisierung mit einem von staatlichem Einfluss befreiten Erwerber; dazu *Resch* in FS Cerny 326f.

23 IdS insb *Eilmansberger* in *Hummer,* Europarechtliche Markierungen 108f; weiters dazu *Holzer/Reissner,* AVRAG² § 1 Rz 36 (48f).

24 Vgl OGH 8 ObA 3/04f, infas 2005, A 5 = ecolex 2005/66: Wiener Stadtwerke; s weiters die Judikatur unter Rz 9. IdS auch *Resch* in FS Cerny 324ff und *K. Niedermair,* RFG 2003/21. *Schrammel* in FS Krejci II 1681, begründet die Eintrittspflicht des Erwerbers aus dem Kompetenzwechsel von Land zu Bund, wodurch – in der zweiten Phase des Betriebsübergangs – das AVRAG zur Anwendung gelangt.

Binder/Burger/Mair

AVRAG

Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz

3. Auflage

Dieser Kommentar gibt die **Rechtslage zum Stand 1. 1. 2017** wieder und enthält

- eine ausführliche paragrafenweise Kommentierung mit der relevanten
  – Judikatur und
  – Literatur.
- Außerdem enthalten:
  – Nachweisrichtlinie
  – Befristungsrichtlinie
  – Betriebsübergangsrichtlinie ua

Bereits mit dem Ministerialentwurf zum Wiedereingliederungsteilzeitgesetz!

Em. o. Univ.-Prof. Dr. **Martin Binder;** Ass.-Prof. Dr. **Florian G. Burger;**
Assoz.-Prof. Dr. **Andreas Mair;** alle Universität Innsbruck.

www.manz.at

ISBN 978-3-214-10053-7